



**TOP 03**      **BDKJ-Hauptversammlung**  
**TOP 3.3**      **Antrag 8.9 der BDKJ-Hauptversammlung**

**Bildung ohne Grenzen! – Thesen zur hochschulpolitischen Situation in Deutschland**

Antragsteller(inn)en: Schülergemeinschaft im Bund Neudeutschland/KSJ; Heliand-Mädchenkreis/KSJ, Arbeitsgemeinschaft katholischer Studentenverbände (AGV) e.V.

1 **Bildung ohne Grenzen! – Thesen zur hochschulpolitischen Situation in Deutschland**

2  
3 Als Bund Deutscher Katholischer Jugend Deutschland (BDKJ) fühlen wir uns verpflichtet,  
4 permanent an der Verwirklichung einer gerechteren Gesellschaft aktiv mitzuwirken. Wir  
5 artikulieren immer wieder auf unterschiedliche Weise unsere Anregungen, um eine bessere  
6 Lage für Schülerinnen und Schüler, Studierende und die Gesellschaft zu erreichen.  
7 In Anbetracht der aktuellen Entwicklungen des deutschen Hochschulsystems – v. a. der  
8 Umsetzung des Bologna-Prozesses, der Erhebung allgemeiner Studiengebühren, des  
9 verschärften Wettbewerbs zwischen den Hochschulen – sehen wir als BDKJ die Prinzipien der  
10 Verwertbarkeit und des wirtschaftlichen Nutzens vor den Grundsatz einer umfassenden, auf  
11 die Entfaltung der Persönlichkeit des Einzelnen gerichteten Bildung gestellt. Deshalb  
12 formulieren wir in diesem Positionspapier unsere Forderungen an die Verantwortlichen in  
13 Politik auf Bundes- und Länderebene sowie an alle Beteiligten in der Hochschulpolitik.

14  
15 Im Einzelnen sehen wir die Notwendigkeit, dass

- 16 1. die Umsetzung des Bologna-Prozesses in Deutschland pragmatisch überarbeitet wird. Die
- 17 Studiengänge müssen flexibilisiert, Masterplatzkapazitäten ausgeweitet, Internationalität
- 18 gewährleistet und ausreichende Zeitfenster zur Mobilitätsförderung eingerichtet werden.
- 19 2. die Hochschulen von staatlicher Seite personell und finanziell sachgerecht ausgestattet
- 20 werden.
- 21 3. die Erhebung und Verwendung von Studiengebühren ergebnisoffen überprüft werden
- 22 muss. Bildung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe muss überwiegend durch den Staat
- 23 finanziert werden und darf kein Privileg für finanziell Bessergestellte sein.
- 24 4. die studentische Mitbestimmung gestärkt wird. Eine Überprüfung der demokratischen
- 25 Verfasstheit der hochschuleigenen Gremien ist unerlässlich.
- 26 5. Freiräume für ehrenamtliches Engagement geschaffen werden. Um die Vereinbarkeit von
- 27 Studium und Ehrenamt zu sichern, müssen geeignete Formen gefunden werden, z. B.
- 28 Freisemester für ehrenamtliches Engagement gewährt werden.
- 29 6. Weiterbildungsträger und Ausbildungsinstitute für Träger von Angeboten des lebenslangen
- 30 Lernens müssen ausreichend gefördert werden. Das Konzept des lebenslangen Lernens
- 31 muss mit Inhalt gefüllt und im Bewusstsein der Bevölkerung verankert werden.

32  
33 **Zu 1: Bologna-Prozess**

34 Gemessen an ihren eigenen Ansprüchen und Zielen kann die Bologna-Reform mehr als zehn  
35 Jahre nach ihrem Inkrafttreten nur als unzureichend bezeichnet werden. Die euphorischen  
36 und weitreichenden Veränderungen des europäischen Hochschulraums sind in der Praxis nicht  
37 oder nur ungenügend umgesetzt worden. Die 1999 noch fest entschlossenen europäischen  
38 Regierungen<sup>1</sup> sehen sich einer Vielzahl von Protesten und harscher Kritik nicht nur seitens  
39 der Studierendenschaft ausgesetzt. So mussten sich die Bildungsministerinnen und  
40 Bildungsminister<sup>2</sup> im März 2010 der Realität stellen. „Die jüngsten Proteste in einigen

<sup>1</sup> Vgl. Gemeinsame Erklärung der Europäischen Bildungsminister (1999): Der europäische Hochschulraum. 19. Juni 1999. Bologna.

<sup>2</sup> Im Folgenden wird aufgrund der besseren Lesbarkeit das generische Maskulinum verwendet.



1 Ländern [...] haben uns daran erinnert, dass einige Ziele und Reformen des Bologna-Prozesses  
2 nicht richtig umgesetzt und vermittelt wurden.“<sup>3</sup>

3 Doch ein Ausstieg aus der Bologna-Reform kann die Probleme des Hochschulsystems nicht  
4 lösen. Allein in Deutschland existieren bereits über 10.000 Studiengänge im neuen System.<sup>4</sup>  
5 Die Förderung der sozialen Dimension der Hochschulen, die Vereinfachung nationaler und  
6 internationaler Mobilität, die Stärkung des lebenslangen Lernens auch außerhalb der  
7 Hochschulen bleiben auch weiterhin vorrangige Ziele für eine international  
8 wettbewerbsfähige Hochschullandschaft in Europa. Diese planmäßig umzusetzen hat der  
9 Bologna-Prozess in der vergangenen Dekade nicht zu leisten vermocht. Politik und  
10 Hochschulen schieben sich gegenseitig die Verantwortung für die Versäumnisse zu und sind so  
11 weitestgehend handlungsunfähig. Um den Status quo zu überwinden, muss der begonnene  
12 Prozess konsequent weitergeführt und – wo notwendig – korrigiert werden. Die katholischen  
13 Jugendverbände fordern, das Rad nicht zurückzudrehen, sondern konstruktiv und  
14 systematisch noch anstehende Probleme anzugehen. Die Umsetzungsdefizite und  
15 Koordinationsprobleme, die aus der Eile und der Hast in den ersten Jahren der Reform  
16 resultieren, müssen abgestellt werden. Ebenso gilt es den Ursachen für das Kommunikations-  
17 und Strukturproblem zu benennen und abzuschalten, das durch die Föderalismusreform und  
18 die weitere Verschiebung von Zuständigkeiten auf Länderebene entstanden ist. Studierende,  
19 Lehrkräfte und Hochschulen dürfen keine Ziele für Experimente und politischem „guten  
20 Willen“ sein. Unter diesen Bedingungen bekennt sich der BDKJ uneingeschränkt zur  
21 Weiterführung des Bologna-Prozesses.

### 22 **Internationalität gewährleisten**

23  
24 Der BDKJ unterstützt die in der Erklärung von Bologna formulierte Absicht, einen  
25 gemeinsamen europäischen Hochschulraum zu schaffen. Insbesondere das Ziel, die  
26 studentische Mobilität zu fördern, gilt es effektiv voranzutreiben. Aus kultureller Perspektive  
27 ist das Potenzial für die Stärkung der europäischen Bürgerschaft und der europäischen  
28 Integration beachtlich und wertvoll. Die direkte Begegnung und der Austausch unter  
29 Studierenden sind nicht nur für die eigene Persönlichkeitsentwicklung wichtig. Sie leisten  
30 auch einen wirkungsvollen Beitrag für gegenseitiges kulturelles Verständnis und das  
31 Zusammenwachsen Europas.

32 Ein Auslandsaufenthalt während des Studiums erfreut sich weiterhin wachsender Beliebtheit,  
33 während die Zahl derjenigen, die ‚nur‘ in Deutschland studieren, weiterhin abnimmt.<sup>5</sup> Der  
34 BDKJ begrüßt, dass immer mehr Studierende ins Ausland gehen, kritisiert aber zugleich, dass  
35 dies oft erst im Rahmen eines Masterstudiengangs passiert. Der Bachelor zeigt sich hier noch  
36 zu inflexibel. Es muss auch festgestellt werden, dass die Intention, die Mobilität aller  
37 Studierenden in Europa zu erhöhen und den Studienplatzwechsel durch das ECTS-System zu  
38 vereinfachen, bislang nicht oder nur unvollständig erreicht worden ist. Das Ziel, den  
39 europäischen Hochschulraum bis Ende 2010 zu vollenden, ist klar verfehlt worden.  
40 Noch immer ist der Alltag geprägt von Anrechnungsschwierigkeiten, unterschiedlichem  
41 Aufbau der Studiengänge und mangelndem Wissen über die Entsende- bzw. Gastuniversität.  
42 Dies führt für viele Studierende zu Problemen in der Studienplanung und wirkt sich  
43 verlängernd auf die Studiendauer aus. Der BDKJ mahnt an, bei der Konzipierung von  
44 Studiengängen mehr auf Offenheit statt auf starre Modularisierung<sup>6</sup> zu setzen und

---

<sup>3</sup> Gemeinsame Erklärung der Europäischen Bildungsminister (2010): Erklärung von Bukarest und Wien zum Europäischen Hochschulraum. 12. März 2010.

<sup>4</sup> Deutschlandfunk (2010): Hochschulrektorenkonferenz zu Diplomabschlüssen. Margret Wintermantel im Gespräch mit Jörg Biesler. Im Internet: <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/campus/1238962>. Abgerufen am 25.11.2010.

<sup>5</sup> AGV (2005), vgl. Fn. 6

<sup>6</sup> Winter, Martin (2010): Die Diskussion um Bologna ist übertrieben. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 07.08.2010, Nr. 181, S. C4



1 Entwicklungen in unseren Nachbarländern im Blick zu halten. Allerdings muss auch zwischen  
2 verschiedenen Fachbereichen unterschieden werden. Während Geistes- und  
3 Wirtschaftswissenschaftler verstärkt von den Möglichkeiten Gebrauch machen, zeigen  
4 Studierende der Ingenieur- und Naturwissenschaften nur eine unterdurchschnittliche  
5 Neigung, ins Ausland zu gehen.

6 Gleiches gilt für die Attraktivität des Hochschulstandortes Deutschland für ausländische  
7 Studierende und Wissenschaftler. Hier wurden in den letzten Jahren bereits große  
8 Fortschritte gemacht. Im Jahr 2010 waren über 170.000 ausländische Studierende an  
9 deutschen Hochschulen eingeschrieben und machten damit über 10% der Studierenden aus.<sup>7</sup>  
10 Sprache und komplizierte Zuwanderungsregeln bleiben ein großes Hemmnis.<sup>8</sup> Der BDKJ  
11 plädiert für Deutsch als Unterrichtssprache bei gleichzeitigem Angebot von Veranstaltungen  
12 in englischer Sprache, sofern die Sicherung von hoher Qualität gewährleistet werden kann.  
13 Davon profitieren sowohl deutsche als auch ausländische Studierende. Gleichzeitig sprechen  
14 sich die katholischen Jugendverbände für eine unbürokratische Anerkennung im Ausland  
15 erworbener, vergleichbarer Studienleistungen und -abschlüsse aus.

### 16 **Pluralität des deutschen Hochschulsystems im Blick behalten**

17 Unabhängigkeit von den grundsätzlichen Chancen eines gemeinsamen europäischen  
18 Hochschulraumes sehen wir die Umsetzung des Reformprozesses in Deutschland kritisch. Sie  
19 wurde überhastet und unbedacht vorgenommen.

20 Die internationale Diskussion über die Leistungsfähigkeit nationaler Hochschulsysteme  
21 verkennt zu oft die spezifische Pluralität des deutschen Systems. „Zu den unbestreitbaren  
22 ‚Standort‘-Vorzügen des deutschen Bildungswesens gehört seine Mehrschichtigkeit.  
23 Fernhochschulen, Universitäten, Akademien, Volkshochschulen, Fachhochschulen – und mit  
24 ihnen verbunden das in sich differenzierte Berufsschulwesen [...].“<sup>9</sup> Dazu bilden die reinen  
25 Forschungsinstitute einen weiteren, besonderen Schwerpunkt der Bildungslandschaft der  
26 Bundesrepublik. Es gilt, diese klaren Strukturen insbesondere in der Trennung zwischen  
27 regulärer Universität und Fachhochschule zu bewahren.<sup>10</sup> Dem Studienanfänger muss klar  
28 sein, was ihn bei der Wahl der jeweiligen Hochschulform erwartet.

29 Diesen Reichtum gilt es richtig zu nutzen und zu erhalten. Daher fordern die katholischen  
30 Jugendverbände Bildungs- und Hochschulpolitiker auf, im internationalen Diskurs mit starker  
31 Stimme zu sprechen. Wenn in anderen Ländern klassische Ausbildungsberufe als Studium  
32 gewertet werden, verwundert es nicht, dass diese Staaten eine höhere Studierendenquote  
33 haben. Eine rein quantitative Betrachtung im Zusammenhang mit Bildung hält der BDKJ für  
34 bedenklich. Einer hohen Studierendenquote muss auch ein entsprechender Arbeitsmarkt  
35 gegenüberstehen. Zudem gilt es zu vermeiden, das erfolgreiche duale Ausbildungssysteme  
36 und die Qualifizierung gut ausgebildeter Facharbeiter durch einen weiteren Ausbau der  
37 Studienquoten zu substituieren.  
38

---

<sup>7</sup> Augsburgs Allgemeine (2010): Ausländische Studenten in Deutschland. Im Internet:  
[http://www.augsburger-allgemeine.de/Home/Nachrichten/Politik/Artikel,-Auslaendische-Studenten-in-Bayern-\\_arid,2285546\\_regid,2\\_puid,2\\_pageid,4290.html](http://www.augsburger-allgemeine.de/Home/Nachrichten/Politik/Artikel,-Auslaendische-Studenten-in-Bayern-_arid,2285546_regid,2_puid,2_pageid,4290.html). Abgerufen am 25.11.2010.

<sup>8</sup> Deutscher Industrie- und Handelskammertag (2010): Deutschland für ausländische Fachkräfte und Studenten nur mäßig attraktiv – Ergebnisse einer AHK-Umfrage. Im Internet: [http://www.potsdam.ihk24.de/produktmarken/international/anlagen/PDFs/AHK-mfrage\\_Zuwanderung.pdf](http://www.potsdam.ihk24.de/produktmarken/international/anlagen/PDFs/AHK-mfrage_Zuwanderung.pdf). Abgerufen am 25. September 2010.

<sup>9</sup> Görner, Rüdiger (2009): So geistvoll wie die Rechtschreibreform. Bologna und die Bachelorisierung. Frankfurter Allgemeine Zeitung. 11. Dezember 2009.

<sup>10</sup> Beispielsweise sollen aus Sicht der AGV auch in Zukunft Promotionen und Habilitationen auch weiterhin nur an einer Universität möglich sein.



## 1 Bachelor-/Mastersystem überdenken

2 Die Umstellung der bisherigen Magister- und Diplomstudiengänge auf das neue Bachelor-  
3 /Mastersystem ist bereits weit fortgeschritten.<sup>11</sup> Im Rahmen von Bologna wäre es auch  
4 möglich gewesen, die alten Studiengänge beizubehalten und, etwa durch die Anerkennung  
5 des Vordiploms, eine gestufte Studienstruktur einzuführen. Die verbreitete Regelung, nach  
6 der Bachelorstudiengänge sechs und Masterstudiengänge vier Semester umfassen, ist nicht  
7 vorgegeben, sondern eine Entscheidung in der nationalen Umsetzung.

8 Der BDKJ fordert daher einen Aufschub der Reform für die noch nicht modularisierten  
9 Studiengänge Medizin und Jura.<sup>12</sup> Hier sind die Defizite, die bei anderen Fächern und  
10 Abschlüssen diagnostiziert worden sind, nicht in ähnlichem Umfang erkennbar. Bisher ist es  
11 nicht gelungen, Berufsfelder für Bachelorabsolventen dieser Fächer aufzuzeigen. Notwendig  
12 wäre aber gerade eine solche klare Perspektive.

13 In Hinblick auf die Bologna-Ziele – etwa verringerte Abbrecherquoten und geringere  
14 Regelstudienzeit – schneidet Medizin sogar besser ab als Studiengänge in der  
15 Vergleichsgruppe.<sup>13</sup> Hier besteht kein Handlungsbedarf. Die Reform der Juristenausbildung  
16 wird kontroverser diskutiert. Noch bleibt aber abzuwarten, ob das die Bachelor-Master-  
17 Strukturen beinhaltende Hamburger Modell eine wirkliche Alternative in der Breite des  
18 deutschen Hochschulsystems darstellen kann.<sup>14</sup> Es müssen zuerst tragkräftige und  
19 umsetzbare Konzepte vorgelegt werden, bevor es zu einem weiteren Feldversuch auf  
20 Bundesebene kommt. Der BDKJ begrüßt die Position der Bundesregierung, vorerst auf  
21 Kontinuität der sehr guten Ausbildung in Deutschland zu setzen.<sup>15</sup>

## 22 Persönlichkeitsbildung vor Verwertbarkeit

23 In den heutigen Bachelorstudiengängen steht weniger eine allgemeine wissenschaftliche  
24 Ausbildung als eine Reduzierung auf die „Employability“, die Beschäftigungs- und  
25 Arbeitsmarktfähigkeit der Studierenden im Vordergrund. Wir sehen die Prinzipien einer  
26 umfassenden Bildung, die zur selbstkritischen Persönlichkeitsbildung und der Entwicklung  
27 individueller Fähigkeiten beiträgt, auf fatale Weise vernachlässigt. Für uns soll Bildung zu  
28 kritischem Selbstverständnis, Selbstbestimmung und Handlungsfähigkeit führen. Gleichzeitig  
29 soll sie zu stetiger Reflexion über die gesellschaftlichen Gegebenheiten anregen und  
30 Verantwortungsbereitschaft für den Mitmenschen und die Eine Welt fördern. Die globalisierte  
31 Welt braucht einen „Blick über den Tellerrand“. Bildung darf nicht nur mit den  
32 berechnenden Augen ökonomischer Verwertbarkeit gesehen werden, sondern sie muss den  
33 Menschen in seiner Ganzheit im Blick haben. Trotz aller sinnvollen Kooperation mit der  
34 Wirtschaft darf eine wissenschaftliche Ausbildung und Persönlichkeitsbildung nicht in den  
35 Hintergrund gedrängt werden. Persönlichkeitsbildung fängt da an, wo Verwertbarkeit  
36 aufhört.  
37

---

<sup>11</sup> Zum Wintersemester 2008/09 waren bereits 75% aller Studiengänge auf das BA-/MA-System umgestellt, Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung ([http://www.bmbf.de/de/3336.php#stand\\_umsetzung](http://www.bmbf.de/de/3336.php#stand_umsetzung)).

<sup>12</sup> Arbeitsgemeinschaft der katholischen Studentenverbände (2010): Bologna – Wir brauchen eine Reform der Reform. Pressemitteilung. Im Internet: <http://www.agvnet.de/content/bologna-wir-brauchen-eine-reform-der-reform>. Abgerufen am 30.11.2010.

<sup>13</sup> Deutscher Hochschulverband (2008): Kempen: „Wir brauchen eine Reform der Bologna-Reformen“. Pressemitteilung. Im Internet: <http://www.hochschulverband.de/cms1/uploads/media/pm12-2008.pdf>. Abgerufen am 30.11.2010

<sup>14</sup> Hamburger Anwalt Verein (2008): Hamburger Modell für eine Neugestaltung der Juristenausbildung. Im Internet: <http://www.reform-der-juristenausbildung.de/download/20081109-HH-Modell.pdf>. Abgerufen am 26.11.2010.

<sup>15</sup> Richter-Kuhlmann, Eva (2010): Tätigkeitsbericht: Bologna, ärztlicher Nachwuchs und Gebührenordnung. Deutsches Ärzteblatt. Im Internet: <http://www.aerzteblatt.de/v4/archiv/artikel.asp?src=heft&id=75262>. Abgerufen am 15.11.2010.



## 1 2 **Masterplatzkriterien überdenken**

3 Die von Studierenden geäußerten Schwierigkeiten, allen voran hohe Arbeitsbelastung,  
4 Prüfungs- und Leistungsdruck sowie Konkurrenzverhältnisse unter den Studierenden stehen  
5 einem selbstbestimmten und eigenverantwortlichen Lernen entgegen. „Durch die  
6 studienbegleitende, permanente Abprüfung von Wissen werden zunehmend  
7 Überlebensstrategien prämiert, während selbständiges und kreatives Denken in den  
8 Hintergrund rückt.“<sup>16</sup> Der beängstigend hohe Zulauf der psychologischen Beratungsstellen der  
9 Studentenwerke zeigt, dass die Studierbarkeit der neuen Studiengänge in vielen Fällen nicht  
10 gegeben ist.<sup>17</sup> Der in vielen Studiengängen herrschende extreme Leistungsdruck wird durch  
11 die begründete Angst, keinen Masterstudienplatz zu erhalten, noch verschärft.

12 Bachelorabschlüsse eröffnen nur unsichere Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt. So sind bei  
13 Bachelorabsolventen, wenn der Zugang zum Arbeitsmarkt erreicht wird, die  
14 Gehaltserwartungen deutlich geringer und befristete Arbeitsverhältnisse wesentlich weiter  
15 verbreitet als bei Hochschulabsolventen anderer Abschlüsse. Dabei muss aber auch weiterhin  
16 erhöhtes Augenmerk darauf gerichtet werden, dass der Bachelor nicht nur eine  
17 Zwischenprüfung ist. Bislang enthält er in vielen Studiengängen noch keine ausreichende  
18 Berufsqualifikation. Insgesamt streben bisher fast drei Viertel der Bachelorabsolventen einen  
19 Masterabschluss an.<sup>18</sup> Hier besteht eine eklatante Diskrepanz zu der politischen Zielsetzung,  
20 nur für ein Drittel der Bachelorabsolventen Masterplätze einzurichten. Je nach  
21 Studienrichtung und Bedarf muss die Quotierung jedoch stets ausreichend begründet sein und  
22 darf nicht aus reinen Kapazitätsüberlegungen heraus getroffen werden.

23 Eine absolute Vergleichbarkeit von Studiengängen eines Fachs bundesweit ist ohnehin nicht  
24 gegeben und unter dem Ideal einer freien Hochschule auch nicht wünschenswert. Dies führt  
25 hinsichtlich der Benotung von gleichlautenden Veranstaltungen zwangsläufig zu einer  
26 gewissen Varianz. Problematisch wird es, wenn diese Varianz einen bestimmten  
27 Schwellenwert überschreitet, also einige Universitäten wesentlich besser benoten als andere.  
28 Dies kann gerade an Hochschulen, die einen ausgezeichneten Ruf genießen und eine ohnehin  
29 hohe Bewerberquote bei gleichzeitig strenger Benotung aufweisen, dazu führen, dass nur ein  
30 Bruchteil der eigenen Studierenden einen Masterplatz an der eigenen Hochschule erhält. Eine  
31 anspruchsvolle Universität mit einem hohen Niveau führt so bei ihren eigenen Absolventen zu  
32 einem Nachteil bei der Masterplatzvergabe, die allein nach der Note und nicht nach der  
33 dahintersteckenden Qualität fragt. Zwar soll Bologna die innerdeutsche und internationale  
34 Mobilität fördern, doch sollten Studierende aus Sicht des BDKJ nicht zu einem Wechsel  
35 gezwungen werden dürfen.<sup>19</sup> Basierend auf diesen Überlegungen fordert der BDKJ von den  
36 Hochschulen und den zuständigen übergeordneten Gremien ein, bei der Auswahl der  
37 Bewerber um einen Masterplatz neben der Note auch weitere Kriterien zu berücksichtigen.  
38 Zusätzlich könnten etwa ehrenamtliches Engagement oder Förderung durch ein anerkanntes  
39 Begabtenförderungswerk ohne großen bürokratischen Mehraufwand herangezogen werden.

40  
41 Die mit der Umstellung einhergehende Einführung des ECT-Systems soll die Vergleichbarkeit  
42 des zeitlichen Aufwandes für einzelne Studienleistungen herstellen. Die Praxis zeigt, dass die  
43 Vergabe von ECTS-Punkten für einzelne Studienleistungen oftmals unverhältnismäßig  
44 vorgenommen wird, und mit dem tatsächlichen Zeitaufwand nicht korrespondiert. Der  
45 zeitliche Aufwand ist ohnehin von einer Vielzahl individueller und äußerer Faktoren abhängig  
46 (Eigenes Vorwissen und Lerntempo, Anforderungen des Dozenten, Komplexität des Themas,

---

<sup>16</sup> Richard Münch: Bologna oder die Kapitalisierung der Bildung; aus: Blätter für deutsche und europäische Politik, 1/2010, S. 47-54.

<sup>17</sup> Die psychologischen Beratungsstellen verzeichneten für das Jahr 2008 einen Anstieg von 20% gegenüber dem Bedarf des Vorjahres (Quelle: deutsches Studentenwerk).

<sup>18</sup> Titz, Christoph: „Wer wenig erwartet, wird nicht enttäuscht“; in: Spiegel-Online vom 08.10.2009.

<sup>19</sup> Thrautig, Julian (2010): Nur die Note zählt. Frankfurter Allgemeine Zeitung. 08. September 2010.



1 das nicht immer im Vorhinein absehbar ist). Damit bedeutet das ECT-System letztlich ein  
2 Muster ohne Wert, das an der Realität oft sehr weit vorbei geht.

3  
4 Eines der Kernziele, die Förderung der studentischen Mobilität innerhalb Deutschlands wie  
5 auch ins Ausland, wurde bisher verfehlt. Es ist bisher nicht gelungen, die  
6 Anerkennungsverfahren flächendeckend zu vereinfachen und eine signifikante Steigerung der  
7 Mobilität im Vergleich zu den alten Studiengängen zu erreichen. Einer der wesentlichen  
8 Gründe ist, dass die Studienstrukturen zu straff angelegt sind, sodass die Regelstudienzeit  
9 durch Auslandsaufenthalte nicht eingehalten werden kann.<sup>20</sup>

#### 10 11 **Deshalb fordern wir:**

- 12 • Die Masterplatzkapazitäten müssen den realen Anforderungen angepasst werden. Die  
13 Mehrzahl der Studierenden strebt aus verschiedenen Gründen einen Masterabschluss an.  
14 Hier muss die finanzielle und personelle Ausstattung der Masterstudiengänge deutlich  
15 angehoben werden, um dem Bedarf gerecht zu werden. Wer sich bei entsprechender  
16 Qualifikation für ein Masterstudium entscheidet, muss auch einen Studienplatz erhalten.
- 17 • Die Studienverlaufspläne und die Abgabetermine müssen flexibler gestaltet sowie eine  
18 sinnvolle Handhabung von Anwesenheitspflichten erreicht werden. Studierende sind aus  
19 sich heraus am Wissenserwerb interessiert und müssen nicht durch Anwesenheitspflichten  
20 kontrolliert werden. Dies widerspricht dem Prinzip der Selbstverantwortung im Studium  
21 und stellt Studierende mit außeruniversitären Verpflichtungen vor ernsthafte Probleme.
- 22 • Zur Förderung der Mobilität müssen ausreichende Zeitfenster sowohl in den Bachelor- als  
23 auch in den Masterstudiengängen eingerichtet werden. Viele praktische  
24 Mobilitätshindernisse könnten durch die Angleichung von Semesterbeginn und -ende  
25 innerhalb des Bologna-Raums behoben werden. Außerdem müssen gleichwertige  
26 Leistungen, die an anderen Hochschulen erbracht werden, anerkannt werden.
- 27 • Die Anrechnung von im Ausland erworbenen Leistungsnachweisen soll vereinfacht, die  
28 Studienordnungen angepasst und die Bedingungen für ausländische Studierende und  
29 Wissenschaftler verbessert werden.
- 30 • Die Studierenden müssen in diese Prozesse der Studiengestaltung eingebunden werden.  
31 Nur so kann die Studierbarkeit der Bachelor- und Masterstudiengänge gewährleistet und  
32 die Eigenverantwortlichkeit der Studierenden gestärkt werden.

#### 33 34 **Zu 2: Hochschulfinanzierung**

35 Das deutsche Bildungssystem leidet unter erheblicher staatlicher Unterfinanzierung. Der  
36 Anteil der Bildungsausgaben am BIP sank in den Jahren 1995 bis 2008 von 6,8% auf 6,2%.  
37 Damit liegt Deutschland nicht nur unter dem OECD-Durchschnitt, sondern auch unter den  
38 politisch angekündigten Zielen. Im Rahmen der Bildungsfinanzierung ist die  
39 Hochschulfinanzierung eine der zentralen Aufgaben des Staates.

40 Diese Situation hat unter den Hochschulen zu einem Wettbewerb um die Generierung  
41 zusätzlicher Drittmittel geführt. „An die Stelle einer der Allgemeinheit verpflichteten  
42 demokratisch verantworteten Forschung und Lehre ist die `unternehmerische Hochschule´  
43 getreten.“<sup>21</sup> Mit der Einführung der ‚Exzellenzinitiative‘ erreichte diese Situation eine neue  
44 Qualität. Der Wettbewerb um projektbezogene staatliche Fördermittel verändert das über  
45 Jahre bewährte, auf dem Prinzip der Gleichheit beruhende deutsche Hochschulsystem.

---

<sup>20</sup> Vgl. HIS-Studie: Internationale Mobilität im Studium 2009 – Wiederholungsuntersuchung zu studienbezogenen Aufenthalten deutscher Studierender in anderen Ländern (Berlin 2009).

<sup>21</sup> Wolfgang Lieb: Humboldts Begräbnis – Zehn Jahre Bologna-Prozess; aus: Blätter für deutsche und europäische Politik, 6/2009, S. 89-96.



1 Die bisherige Auswahl der geförderten Hochschulen zeigt zudem, dass ein wirklicher  
2 Wettbewerb nicht besteht.<sup>22</sup> Für privatwirtschaftliche Geldgeber ohnehin interessante  
3 Forschungsbereiche und -standorte werden eher berücksichtigt, wodurch bestehende  
4 Qualitätsunterschiede weiter verschärft werden. Wirtschaftlich uninteressante und schlecht  
5 „verwertbare“ Studiengänge werden vernachlässigt und stehen oftmals vor dem Aus.  
6 Stattdessen sollte die zusätzlichen Bundesmittel dazu eingesetzt werden, eine regionale  
7 Schwerpunktbildung bei gleichzeitiger Gleichbehandlung aller wissenschaftlichen Disziplinen  
8 voranzutreiben. So könnten für die deutsche Bildungslandschaft insgesamt sinnvolle  
9 Investitionen getätigt werden, ohne eine Spaltung des deutschen Hochschulsystems in eine  
10 Zwei-Klassen-Gesellschaft zu riskieren.

#### 11 12 **Deshalb fordern wir:**

- 13 • Die finanzielle, personelle und räumliche Ausstattung der Hochschulen bleibt eine  
14 Aufgabe des Staates. Der von Bildungsministerin Anette Schavan geforderte Anteil von 10  
15 Prozent des BIP für Bildung muss endlich erreicht werden!  
16 Die Exzellenzinitiative wird in ihrer jetzigen Form durch eine gezielte regionale  
17 Schwerpunktbildung ersetzt. Eine Spaltung der deutschen Hochschullandschaft in wenige  
18 Elitestandorte auf der einen und die breite Masse auf der anderen Seite untergräbt  
19 letztlich eine der wesentlichen Stärken des deutschen Hochschulsystems.

#### 20 21 22 23 **Zu 3: Studienfinanzierung**

24 Das gesamte deutsche Bildungssystem ist von einer sozialen Selektion betroffen, deren  
25 Ursprung auch in der finanziellen Situation betroffener Bevölkerungsgruppen liegt. Diese  
26 Entwicklung macht vor dem deutschen Hochschulsystem nicht halt, sondern führt sich hier  
27 ungemindert fort.

28 Die 19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks zeigt deutlich die Verschärfung des  
29 sozialen Ungleichgewichts an den deutschen Hochschulen. Der persönliche finanzielle  
30 Hintergrund entscheidet über die Möglichkeit, ein Studium beginnen zu können. Die eigenen  
31 Eltern sind mit großem Abstand die häufigste Finanzierungsquelle für Studiengebühren (59%),  
32 gefolgt von eigener Erwerbstätigkeit (30%).<sup>23</sup> Mehr denn je ist die Entscheidung, ein Studium  
33 aufzunehmen, durch den eigenen finanziellen Hintergrund beeinflusst. Die Aussicht, zur  
34 Aufnahme des Studiums einen Kredit aufnehmen zu müssen und die Angst, schon in jungen  
35 Jahren einen Schuldenberg aufzubauen, schreckt junge Menschen von der Aufnahme eines  
36 Studiums ab. Das Nationale Stipendienprogramm (NASTIP) als eigenständige Säule der  
37 Studienfinanzierung sehen wir mit kritischen Augen. Deren Vergabepaxis weist eine hohe  
38 soziale Diskrepanz auf. Geförderte Stipendiatinnen und Stipendiaten kommen  
39 überdurchschnittlich oft aus „gehobenen oder hohen sozialen Kreisen“, nur ca. 9% weisen  
40 einen „niedrigen sozialen Status“ auf.<sup>24</sup> Ihrem bildungspolitischen Auftrag, auch sozial-  
41 ökonomisch ausgleichend zu wirken, wird die Vergabe von staatlichen Stipendien damit nicht  
42 gerecht.

43 Eine soziale und bedarfsgerechte Unterstützung der Studierenden in der Breite muss  
44 weiterhin auf Grundlage des bewährten BAföG erreicht werden. Dementsprechend bewerten  
45 wir die Anpassungen der Fördersätze und Freibeträge der letzten Jahre als sinnvoll und  
46 notwendig. Die bestehenden komplizierten und undurchsichtigen Antragsverfahren bilden

---

<sup>22</sup> Insbesondere die Vergabe in der Kategorie „Zukunftskonzepte“ offenbart eine starke Dominanz  
süddeutscher Standorte. Zur Vergabe siehe BMBF: <http://www.bmbf.de/de/12156.php?LANG=DEU&N=4>.

<sup>23</sup> Vgl.: 19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, durchgeführt durch das HIS Hochschul-  
Informations-System. [www.sozialerhebung.de](http://www.sozialerhebung.de) (Zugriff: 25.08.2010).

<sup>24</sup> Vgl.: Studie „Das soziale Profil in der Begabtenförderung“. HIS-Projektbericht, April 2009.



1 allerdings unnötige Hürden für Studierende, deren Studium von dieser Unterstützung  
2 abhängt.

3  
4 **Deshalb fordern wir:**

- 5 • Wir fordern eine ergebnisoffene Überprüfung der allgemeinen Studiengebühren. Weiter  
6 fordern wir eine Befreiung von Studiengebühren für ehrenamtliches Engagement auch  
7 über genuin studentisches Engagement hinaus.
- 8 • Eine Mitentscheidungskompetenz der Studierenden über die Verwendung der Gebühren.
- 9 • Die finanziellen Mittel des nationalen Stipendienprogramms (NASTIP) fließen in die  
10 BAföG-Förderung, wo sie einer weit größeren Zahl an Studierenden zugute kommen.  
11 Dieses Stipendienprogramm ist kein gerechtes Mittel zur Studienfinanzierung. Es trägt in  
12 der Praxis nicht zu einem sozialen Ausgleich bei.
- 13 • Die BAföG-Förderung muss zur Finanzierung eines Hochschulstudiums für jede/n  
14 ausreichend sein; daher müssen die Fördersätze und Freibeträge in regelmäßigen  
15 Abständen an die Inflationsrate und steigende Lebenshaltungskosten angepasst werden.  
16 Sie dürfen nicht so lange stagnieren, bis sie den realen Anforderungen der Studierenden  
17 nicht mehr entsprechen.

18  
19 **Zu 4: Studentische Mitbestimmung**

20 Demokratische Strukturen bilden das Fundament unserer Gesellschaftsordnung. Sie müssen  
21 auch an den Hochschulen gefördert und gestärkt werden. Aus diesem Grund sehen wir die  
22 aktuelle Entwicklung zu einer verstärkten Außensteuerung der Hochschulen durch die  
23 Einsetzung von Hochschulräten mit großer Besorgnis. Die akademische Selbstverwaltung und  
24 Hochschulautonomie wird so untergraben.

25 Starke, demokratisch legitimierte Hochschulgremien, in denen die einzelnen Gruppen  
26 angemessen vertreten sind, sind zur Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit von Forschung  
27 und Lehre unerlässlich. Leider stellen wir fest, dass auch innerhalb der Gremien die  
28 demokratische Struktur nicht in ausreichendem Maße gegeben ist. In vielen Fällen ist die  
29 Gruppe der Professorinnen und Professoren in den Senaten der Hochschulen zahlenmäßig und  
30 bezüglich des Stimmgewichts überlegen. Damit sind die Einflussmöglichkeiten der übrigen  
31 Gruppen, des wissenschaftlichen Dienstes, der sonstigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter  
32 und der Studierenden begrenzt. Dabei bilden die Studierenden nicht nur die mit weitem  
33 Abstand größte Gruppe an den Hochschulen, sondern sind auch von Veränderungen im  
34 Lehrangebot und der Studienstruktur direkt betroffen. Als solche müssen sie an deren  
35 Gestaltung aktiv teilhaben können. Die derzeitige Diskrepanz zwischen dem Anspruch auf  
36 demokratische Mitbestimmung und tatsächlicher Einflussnahme ist erschreckend.

37 In Deutschland ist die demokratische Organisation und Einflussnahme der Studierenden, mit  
38 Ausnahme von Bayern und Baden-Württemberg, über verfasste Studierendenschaften  
39 geregelt. Die studentische Vertretung über das Studierendenparlament und den AstA ist für  
40 eine selbstverwaltete und demokratisch strukturierte Hochschule unerlässlich.

41  
42 **Deshalb fordern wir:**

- 43 • Studierende müssen als gleichberechtigte Mitglieder der Hochschulen akzeptiert und  
44 nicht als Kunden verstanden werden.
- 45 • Der Außensteuerung der Hochschulen durch externe Hochschulräte muss durch die  
46 Stärkung der demokratischen Gremien innerhalb der Hochschulen begegnet werden.  
47 Deshalb muss die studentische Mitbestimmung massiv gestärkt werden. Der BDKJ hält  
48 eine Viertelparität in den Senaten der Hochschulen für erstrebenswert.
- 49 • Die Studierenden müssen bei der Qualitätsentwicklung an der gesamten Hochschule wie  
50 auch innerhalb der einzelnen Studiengänge einbezogen werden.
- 51 • Die Einführung verfasster Studierendenschaften auch in den Bundesländern, in denen sie  
52 bisher nicht bestehen. Als zahlenmäßig größte Gruppe an der Hochschule ist eine starke,





1 einflussreiche und gewählte Vertretung der Studierenden unabdingbar, um den eigenen  
2 Interessen und Standpunkten Ausdruck zu verleihen.

#### 3 4 **Zu 5: Ehrenamtliches Engagement und Persönlichkeitsbildung**

5 Für uns als Jugend- und Studentenverbände ist ehrenamtliches Engagement wesentliches und  
6 gestaltendes Element.

7 Die ehrenamtlich organisierte Arbeit ist massiv davon betroffen, dass immer mehr  
8 Ehrenamtliche zur Finanzierung des Studiums – insbesondere aufgrund von Studiengebühren  
9 und zu geringer BAföG-Unterstützung – zusätzlich arbeiten müssen. Dies geht in der Regel zu  
10 Lasten ihres ehrenamtlichen Engagements.<sup>25</sup> Perspektivisch ist damit das Überleben vieler  
11 Jugendverbände- und Organisationen gefährdet, da viele Jugendliche mit Studienbeginn die  
12 zusätzliche finanzielle Belastung bereits antizipieren und Ehrenämter erst gar nicht  
13 übernehmen. Wir sehen, dass an vielen Hochschulen Möglichkeiten geschaffen wurden und  
14 werden, ehrenamtliches Engagement in inneruniversitären Gremien wie AstA und  
15 Studierendenparlament durch Befreiung von Studiengebühren und die Gewährung von  
16 Freisemestern deutlich zu honorieren. Zurzeit ist es jedoch noch nicht üblich, auch  
17 außeruniversitäres Engagement entsprechend zu würdigen.

18 Bereits vor fünf Jahren haben die katholischen Studentenverbände, die dem BDKJ als  
19 Jugendorganisation angehören, darauf hingewiesen, dass die Neustrukturierung der  
20 Studiengänge zu Lasten der Persönlichkeitsbildung des Einzelnen geht.<sup>26</sup> Diese Befürchtung  
21 scheint heute aktueller denn je.<sup>27</sup> Besonders dieser Entwicklung wollen die katholischen  
22 Jugendverbände vehement entgegen wirken. Bildung und Studium sollen und müssen zu  
23 mündigen, kritischen und eigenständig denkenden Bürgern erziehen. Auch in Bachelor-  
24 Strukturen muss es weiterhin genauso Möglichkeiten in der Auswahl der Studieninhalte geben  
25 wie ein ausreichendes Maß an Zeit zu ehrenamtlichem Engagement – sei es in Kirche, Kultur,  
26 Politik oder studentischen Initiativen. Der BDKJ regt an, über die Vergabe von ECTS-Punkten  
27 für Engagement von Studierenden außerhalb des Hörsaals nachzudenken.

28  
29 Ehrenamtliches Engagement nicht nur in der Jugendarbeit ist wesentlich für die  
30 Persönlichkeitsbildung, wichtige Instanz des Kompetenzerwerbs für das Berufsleben und  
31 Garant für eine dauerhaft aktive, demokratische Bürgergesellschaft. Es verdient jede  
32 Unterstützung.

33 Viele Studierende der Bachelor-Studiengänge klagen über eine enorme Arbeitsbelastung.  
34 Objektiv feststellbar ist, dass die Zahl der Veranstaltungen mit Anwesenheitspflicht  
35 zugenommen hat. Hinzu kommt die gestiegene Anzahl von Übungen und Tutorien. Der  
36 entscheidende Effekt der Modularisierung ist die gestiegene Prüfungsbelastung der  
37 Studierenden. Klausurphasen vor, während und nach dem Semester führen zu einem  
38 andauernden Prüfungs- und Leistungsdruck, der den Studierenden die wichtigen Freiräume  
39 zur (Selbst-)reflexion und zur eigenständigen Untersuchung von Fragestellungen nimmt. Der  
40 BDKJ fordert, dass die Noten aus dem ersten Bachelorsemester nicht mehr in die  
41 Abschlussnote einfließen sollen. Prüfungsleistungen sollen im ersten Semester zwar weiterhin  
42 benotet werden, dass Entscheidende soll allerdings das Bestehen sein. So wird Erstsemestern  
43 ermöglicht, sich zu Studienbeginn, der zumeist auch mit dem Umzug in eine fremde Stadt  
44 und somit einem neuen Lebensabschnitt verbunden ist, in ihrem neuen Umfeld zu orientieren  
45 und von Anfang an auch die Möglichkeit zu haben, am universitären Leben teilzunehmen.

---

<sup>25</sup> Vgl.: Studie Bertelsmann Stiftung „Jugend in der Zivilgesellschaft-Freiwilliges Engagement Jugendlicher von 1999 bis 2009“

<sup>26</sup> Arbeitsgemeinschaft katholischer Studentenverbände (2005): Bildung im Wettbewerb. Die Hochschule von morgen. Im Internet: [http://www.agvnet.de/sites/default/files/StandpunkteNr\\_10\\_Hochschulpolitik.pdf](http://www.agvnet.de/sites/default/files/StandpunkteNr_10_Hochschulpolitik.pdf). Abgerufen am 30.10.2010.

<sup>27</sup> Cartellverband katholischer deutscher Studentenverbindungen (2010): Grundsatzerklärung des CV zur sozialen Lage der Studenten. <https://www.cartellverband.de/pub/b/frame.asp?m=197>



1 Fraglich ist, ob und inwieweit sich die tatsächlich in das Studium investierte Zeit durch die  
2 Umstellung der Studiengänge verändert hat.<sup>28</sup> Nach Angaben einer im Auftrag des  
3 Bundesministeriums für Bildung und Forschung vom Deutschen Studentenwerk<sup>29</sup>  
4 durchgeführten Studie hat die Arbeitsbelastung durch die Umstellung der Studiengänge  
5 zugenommen. Gleichzeitig wenden Studierende aus Bachelor-Studiengängen weniger Zeit  
6 zum Selbststudium auf, als Vergleichsgruppen aus den alten Studiengängen.

#### 7 8 **Deshalb fordern wir:**

- 9 • für ehrenamtliches Engagement sind Freisemester zu gewähren, so dass eine  
10 Vereinbarkeit von Studium und Ehrenamt möglich bleibt. Dabei sehen wir die  
11 Notwendigkeit, dass Grundlagen für solch eine Befreiung geschaffen werden. Diese  
12 müssen zum einen das Ehrenamt vor einer Ausnutzung durch Studierende schützen, die es  
13 zur Studiengebührenbefreiung und zur Verlängerung von Regelstudienzeiten  
14 missbrauchen wollen. Zum anderen müssen sie mit dazu beitragen, dass ehrenamtliches  
15 Engagement eine Wertschätzung erfährt, die sowohl das Studium als auch das weitere  
16 Wahrnehmen des Ehrenamtes ermöglicht. Um dies konstruktiv zu erarbeiten und die  
17 Richtlinien bedarfsgerecht abzustecken, müssen Hochschulen und Organisationen, die auf  
18 freiwilliges Engagement angewiesen sind, gemeinsam entsprechende verbindliche  
19 Regelungen an den Gesetzgeber herantragen.

#### 20 21 **Zu 6: Lebenslanges Lernen**

22 Gesellschaft, Politik und Wirtschaft fordern heute mehr denn je Flexibilität, Offenheit und  
23 Individualität. Auch junge Akademiker sind die Zielgruppe dieses Forderungskataloges. Der  
24 beinahe schon inflationär gebrauchte Begriff des „Lebenslangen Lernens“ als integraler  
25 Bestandteil des Bologna-Prozesses wird zum Programm der Moderne und stellt den Menschen  
26 vor neue Herausforderungen. Doch auch hier ist die Wirklichkeit hinter den Ansprüchen der  
27 Reform zurückgeblieben. Weiterbildungsträger und Ausbildungsinstitute haben mit Kürzungen  
28 zu kämpfen.

29  
30 Lebenslanges Lernen muss mehr bedeuten als nur formale Qualifikationen und Zertifikate. Es  
31 ist Teil der Bewältigung von Lebenssituationen und befähigt den Menschen dazu, sich mit sich  
32 selbst, mit anderen und mit der Welt in Beziehung zu setzen und handlungsfähig zu bleiben  
33 in einer Gesellschaft, die einem ständigen Wandel unterworfen ist. Lebenslanges Lernen  
34 heißt, eigenverantwortlich und selbstständig handeln zu können. Grundvoraussetzung dafür  
35 ist die persönliche Lernkompetenz jedes Einzelnen. So ist es eng an den Bildungsbegriff und  
36 die Persönlichkeitsbildung geknüpft, und dieser Prozess muss im Studium eine seiner  
37 Kernphasen haben. Es berührt nicht nur Bildung und Ausbildung, sondern ebenso den  
38 demographischen Wandel, die Generationengerechtigkeit und den Arbeitsmarkt und muss als  
39 einer der Grundpläne hinter einer Reform des Bologna-Prozesses stehen.

#### 40 41 **Deshalb fordern wir:**

- 42 • Das Konzept des lebenslangen Lernens ist mit Inhalt zu füllen und im Bewusstsein der  
43 Bevölkerung zu verankern. Ein Beispiel könnte die verstärkte Schaffung nicht-  
44 konsekutiver Masterstudiengänge sein, die erst nach einer gewissen Berufserfahrung  
45 aufgenommen werden können. Hierdurch würde implizit auch der Stellenwert des  
46 Bachelors aufgewertet.

---

<sup>28</sup> Schaf, Julia (2010): Andere Leute müssen auch Kekse backen. Frankfurter Allgemeine Zeitung. 12. Oktober 2010.

<sup>29</sup> Bundesministerium für Bildung und Forschung (2010): Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2009. 19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt durch HIS Hochschul-Informationssystem. Bonn.



- Ebenso bedarf es in einer alternden Gesellschaft der Einrichtung von Bildungsangeboten für Senioren. Diese dürfen jedoch nicht in Konkurrenz um Ressourcen für reguläre Studiengänge stehen.

#### Der BDKJ und seine Motivation für dieses Positionspapier

Der Bund der deutschen katholischen Jugend (BDKJ) ist der Dachverband der katholischen Jugendverbände und ein freier Zusammenschluss innerhalb der katholischen Kirche. Unsere grundsätzliche Einschätzung ist, dass „solange die Spaltung der Gesellschaft in arm und reich fortbesteht, wird auch das Bildungssystem weiter Gewinner und Verlierer produzieren. Daher fordern wir eine Politik, die gesellschaftliche Spaltungsprozesse überwindet und die materielle Grundlage für erfolgreiche Bildungskarrieren sichert. Soziale Gerechtigkeit und Bildungsgerechtigkeit bedingen sich unmittelbar.“<sup>30</sup> Deshalb verfolgen wir die Entwicklung des deutschen Bildungssystems mit kritischen Augen. Die erheblichen Veränderungen des Hochschulsystems in den letzten Jahren lassen eine Entwicklung erkennen, die unserem Verständnis von ganzheitlicher Bildung entgegensteht. „Im Mittelpunkt des Lernens steht der Mensch mit seinen Begabungen und Fähigkeiten und er lernt diese solidarisch im Umgang mit seinem Mitmenschen und der Umwelt einzusetzen. [...] Bildung ist eine Voraussetzung für die politische und gesellschaftliche Teilhabe. Sie soll Kinder und Jugendliche zu kritischem Selbstverständnis, Selbstbestimmung und Handlungsfähigkeit führen. Gleichzeitig soll sie zu stetiger Reflexion über die gesellschaftlichen Gegebenheiten anregen und Verantwortungsbereitschaft für den Mitmenschen und die Eine Welt fördern. Denn das Bekenntnis zu Jesus von Nazareth beinhaltet die Verpflichtung zu wachsamem Engagement für den anderen, insbesondere für benachteiligte oder unterdrückte Minderheiten und Ausgebeutete. Die Herrschaft Gottes erfordert, dass jede geschichtliche Realität in Frage gestellt wird, und zielt auf die Überwindung gesellschaftlicher Herrschaftssysteme; in diesem Zusammenhang verpflichtet die Herrschaft Gottes zu ständiger Ideologiekritik.

Wir begreifen Bildung als einen ganzheitlichen Prozess und Lernen als eine umfassende Kompetenzaneignung. Das Erlernen von Basiswissen wie Lese-, Sprachkompetenz, mathematische Kompetenz und naturwissenschaftliche Kompetenz muss Hand in Hand gehen mit sozialem und politischem Lernen, interkultureller Kompetenz, globaler Sensibilität, Friedenserziehung, religiöser Bildung, ökologischem Bewusstsein und geschlechtergerechtem Handeln.“<sup>31</sup>

Vor diesem Bildungsbegriff haben für uns Hochschulen folgende Aufgaben:

1. Am Anfang steht die Befähigung zum selbstständigen Wissenserwerb und Wissensbewältigung in einer Zeit des ständig beschleunigten Wachstums des Wissens.
2. Gründliche fachbezogene Ausbildung muss gewährleisten, den Zusammenhang von Grundlagenwissen, theoretischen Zusammenhängen und Praxisrelevanz zu erfassen.
3. Neben der Ausbildung und Berufsqualifizierung dient die Hochschule der ganzheitlichen Bildung der Studierenden, insbesondere der Wertorientierung und ethischen Urteilsfähigkeit. Verantwortung im gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Zusammenhang muss nicht zuletzt durch eigenständige Mitgestaltungsmöglichkeiten gefördert werden.
4. Die Hochschulen sollen Ideenwerkstätten für die Weiterentwicklung und Lösung sozialer, gesellschaftlicher und globaler Problemlagen sein.

<sup>30</sup> Bildungsgerechtigkeit in Deutschland - Schule gerecht gestalten. Beschluss der BDKJ Hauptversammlung 2006.

<sup>31</sup> Bildungsgerechtigkeit in Deutschland - Schule gerecht gestalten. Beschluss der BDKJ Hauptversammlung 2006.



- 1 Auf dieser Grundlage steht das hier vorliegende Positionspapier. Es ist Ausdruck unserer
- 2 Besorgnis um die Bildungssituation an deutschen Hochschulen. Es verdeutlicht unseren Wunsch
- 3 nach einer **Bildung ohne Grenzen!**

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen:

Sonstiges